

---

# Antirassismus geht nur gegen Deutschland!

---

*Klar, das Problem heißt Rassismus – damit heißt es aber auch Deutschland. Das ist mehr als eine Phrase. Denn es meint: Das Problem ist ein Staat, der vor keiner Schweinerei zurückschreckt, um sein Geschäftsmodell zu verteidigen.*

Tagtäglich kommen Tausende Menschen nach Deutschland – trotz militarisierten Grenzen und verschärftem Asylrecht. Das ist erstmal ein Grund zum Feiern. Auch cool: Eine überraschend große Anzahl von Menschen engagiert sich in Deutschland momentan aktiv in der Solidarität mit Geflüchteten. Also doch noch ein Sommermärchen dieses Jahr? Leider nicht. Denn klar ist jetzt schon, dass die aktuelle Situation nur das Ergebnis einer Krise der menschenverachtenden Grenzpolitik ist – an dessen Reparatur ausgerechnet von Seiten jener Politiker\*innen bereits fieberhaft gearbeitet wird, die sich gerade als „helles Deutschland“ – im Gegensatz zu „Dunkeldeutschland“ – inszenieren. Mehr noch: die Dreistigkeit, mit der dieser Staat und sein Personal die Ergebnisse ihrer Schweinereien zu Anlässen deutscher Hilfsbereitschaft umdichten und versuchen die Gewinne der praktischen Solidaritätsarbeit einzustreichen, kann einen immer wieder fassungslos machen. Gerade erst hatte die brutale Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer und die soziale Zerstörung Südeuropas durch das Spardiktat zumindest im Ausland klar gemacht, dass die deutsche Vorherrschaft in Europa wirklich alles dafür tut, damit die Sanierung des europäischen Kapitalismus zu Lasten der Schwächsten geschieht, da geht Deutschland schon wieder in die PR-Offensive.

Doch täglich sterben immer noch zahlreiche Menschen auf lebensgefährlichen Fluchtrouten, die sie nur deswegen wählen, weil die Abschottung Europas maßgeblich auf deutschen Druck

hin eingeführt ihnen kaum eine Wahl lässt. Umso verlogener ist die aktuelle Schlepper-Debatte. Die Schließung der Außengrenzen bringt diesen Berufszweig überhaupt erst hervor. Aber egal: Deutschland hilft! Meinen zumindest die Medien. Da braucht man von der weltweiten Fließbandproduktion von „Fluchtursachen“, die notwendige Begleitschäden des deutschen Exportmodells sind, gar nicht erst anfangen.

Die Logik ist so böse, wie bestechend: „Wir“ verwüsten zwar mit Waffenexporten und einem allgemeinen Wirtschaftskrieg immer mehr Teile der Welt, konkurrieren die anderen nieder und zerstören ihre Märkte, aber hey, wenn die Leute es an unserem lebensgefährlichen Wachpersonal vorbei schaffen, dann gibt es auch mal ein paar Zelte. An den Zwecken staatlicher Politik hat sich dadurch aber gar nichts geändert. Das zeigt sich schon daran, dass die Politik sich jetzt nicht mal Mal ihr Scheitern eingesteht und endlich die Abschottung Europas beendet. Im Gegenteil. Im Schatten des »hellen Deutschlands« wird bereits an neuen Maßnahmen zur Verfeinerung des Grenzregimes gearbeitet, wie z. B. spezielle Abschiebelager für Roma, die Verschärfung des Asylrechts, und die Ausweitung angeblich „sicherer Herkunftsländer“. Spätestens die Schließung der Grenzen zu Österreich mit Hundertschaften der Bundespolizei haben endgültig klar gemacht, dass dieses Sommermärchen nur der Auftakt für eine weitere Brutalisierung der Abschottung ist.

Angesichts eines absehbaren Fachkräftemangels will man in der Mitte der Gesellschaft – und das unterscheidet z.B. die SPD von Pegida – zwar durchaus Einwanderung. Doch die soll „der Wirtschaft“ dienen. Das heißt, willkommen sind nur schon möglichst gut ausgebildete Leute. Alle anderen, auf die dieses Anforderungsprofil nicht passt, werden als Kostenfaktoren behandelt. Entgegen dem Gerede, die Menschenwürde jede\*r Einzelnen zu schützen, wird das „Grundrecht auf Asyl“ so endgültig zum Mittel einer an wirtschaftlichen Kriterien orientierten Bevölkerungspolitik gemacht. **Das ist der Kern der deutschen Willkommenskultur.**

Es ist absehbar: Die grundsätzliche Ordnung der Welt soll bestehen bleiben. Damit aber sind Verteilungskonflikte vorprogrammiert. Und dass das Staatspersonal bereit ist, »die deutsche Kindergärtnerin« gegen »den Flüchtling« auszuspielen, ist keine Unterstellung; Finanzminister Schäuble hat genau das schon angekündigt. Dabei ist die sogenannte Flüchtlingskrise selbst das Ergebnis eines inszenierten Notstandes. Eines Notstandes, der dazu dient, eine logistische Überforderung dort zu vorzutäuschen, wo tatsächlich ein Problem der kapitalistischen Form des Reichtums und seiner Verteilung vorliegt. Beispielhaft hierfür ist der mangelnde Wohnraum für Geflüchtete in Bremen. Denn es stimmt nicht, dass zu wenig für alle da ist. Nur unter den Bedingungen von Privateigentum und Konkurrenz gibt es für die Meisten immer kleinere Stücke von einem immer größeren Kuchen.

All das zeigt: Das Problem sind nicht bloß die rechten „Farger Ultras“ aus Bremen-Nord und ihre Stichwortgeber\*innen von „Bürger in Wut“ bis zur CDU. Von denen distanziert man sich, damit der eigene Nützlichkeitsrassismus an ihnen seine weiße Weste zeigen kann. Klar, das Problem heißt Rassismus – damit heißt es aber

auch Deutschland. Das ist mehr als eine Phrase. Denn es meint: Das Problem ist ein Staat, der vor keiner Schweinerei zurückschreckt, um sein Geschäftsmodell zu verteidigen. Übrigens gilt das gleiche für die EU, die nur der erweiterte Rahmen für das gleiche Geschäft ist. So positiv die zivilgesellschaftliche Hilfsbereitschaft vieler Leute ist, so gefährlich ist es daher, wenn sich diese Solidarität nicht ins Politische wendet und den Konflikt mit dem Bestehenden sucht. Denn sonst wird am Ende ausgerechnet die Verantwortung für das Elend der Anderen noch zum Argument für die nationalistische Identifikation mit dem eigenen Standort gemacht – und das bereitet nur die nächsten Schweinereien vor. Antirassismus ist nur im praktischen Widerstand gegen Staat, Nation und Kapital zu haben. An Gelegenheiten dazu mangelt es in nächster Zukunft nicht. Daher rufen wir dazu auf, sich dem staatlichen Rassismus wie dem Rassismus der Straße jetzt mit allen nötigen Mitteln entgegenzustellen.

Konkret heißt das: **Erstens** mit möglichst vielen gegen den deutschen Mob vorgehen, wo immer er auch auftaucht.

**Zweitens** am 25. Oktober in Köln eine Neuauflage der rassistischen Hogesa-Mobilisierung zu sabotieren und am Vortag auf der antirassistischen Demonstration deutlich zu machen, dass der Staat nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist.

**Last but not least**, überall und mit allen nötigen Mitteln die vielen kleinen Versuche, Löcher in die Abschottung zu reißen und Fluchthilfe zu organisieren, praktisch zu unterstützen und den politisch Verantwortlichen bundesweit das Leben so schwer wie möglich zu machen. Die Mauern der Festung Europa wackeln, helfen wir mit, sie einzureißen.